



Neue Verantwortungskultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Kulturverbände betonen notwendige Weiterentwicklung der Kooperation von Staat und Zivilgesellschaft

Berlin, 22.06.2016. Die Veränderung der Gesellschaft fordert Zivilgesellschaft und Staat in vielerlei Hinsicht heraus: Welche Verantwortung übernehmen die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure für eine offene, tolerante und solidarische Gesellschaft und in welchem Verhältnis stehen dabei Zivilgesellschaft und Staat zueinander? Auf einem gemeinsamen Symposium haben die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung, der Deutsche Kulturrat und die Kulturpolitische Gesellschaft gestern in Berlin diese Fragen diskutiert.

Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement, umriss zum Einstieg die aktuellen Entwicklungen in der Zivilgesellschaft und die größten Herausforderungen für Verbände: Wie stehen innerverbandliche Interessen und Mitgliederentwicklung, gesellschaftliche Anforderungen und sich verändernde staatliche Rahmenbedingungen zueinander? Welche Allianzen zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Eigenständigkeit müssen geschlossen und welche Konkurrenzen beachtet werden? Dies waren auch die Themen der sich anschließenden Diskussionen.

Wenn das gesellschaftliche Gleichgewicht aus den Fugen zu geraten droht, sollte nicht nur der Staat seiner Verantwortung nachkommen. Auch die Zivilgesellschaft muss sich selbst aktivieren und dabei von der öffentlichen Hand unterstützt werden. Zivilgesellschaft, beispielsweise in Form von Kulturverbänden, schafft öffentliche und partizipative Aushandlungsorte für Konflikte und Divergenzen. Sie fördert das gesellschaftspolitische Engagement von Bürger/innen und Trägern und agiert als konstruktiv-kritischer Gegenpol zum Staat, so betonen die Teilnehmenden. Sie stellten zugleich fest: Die Bedeutung dieser Wirkungskräfte der Zivilgesellschaft, aber auch von Subsidiarität und die Wahrnehmung der Legitimation von Verbänden als Grundvoraussetzungen zivilgesellschaftlichen Handelns im öffentlichen und politischen Raum gehen zurück. Zugleich steuern politische Entscheidungen und Verwaltungshandeln zunehmend Zivilgesellschaft.

Gerd Taube, Vorsitzender der BKJ, sagte: »Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Kunst und Kultur und darauf, dass ihre Interessen in der Gesellschaft berücksichtigt werden. Kulturelle Bildung öffnet ihnen Räume für Begegnung und ermöglicht ihnen, Mitgestalter der gesellschaftlichen Gemeinschaft zu sein. Die BKJ ist mit ihren Mitgliedern wichtiger Anwalt der Interessen von Kindern und Jugendlichen und bundesweites Netzwerk von Anbietern Kultureller Bildung. Das zivilgesellschaftliche Mandat des Dachverbandes, als Interessenvertretung für die junge Generation und die Potenziale der Kulturellen Bildung, wird inzwischen durch das Handeln anderer gesellschaftlicher Akteure und des Staates zunehmend infrage gestellt. Deshalb ist es an der Zeit, das Miteinander von Zivilgesellschaft und Staat zugunsten einer lebendigen Demokratie neu auszutarieren.«

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, betonte: »Kulturverbände bündeln die divergierenden Interessen ihrer Mitglieder und erarbeiten hieraus abgestimmte Positionen. Sie erbringen damit eine wichtige Integrationsleistung und bieten einen hohen Mehrwert für ihre Mitglieder und für die Gesellschaft. Sie sind damit ein wichtiger Gesprächspartner für Politik und Verwaltung. Verbände stärken heißt, Demokratie zu stärken. Ohne Verbände funktioniert die Demokratie nicht!«

Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

Weberstraße 59a
53113 Bonn
Tel.: 0228/201 67-0
Fax: 0228/201 67-33
post@kupoge.de
www.kupoge.de

Präsident

Prof. Dr. Oliver Scheytt
Professor für Kulturpolitik und kulturelle Infrastruktur, Kulturdezernent a.D.

Vizepräsidenten

Tobias J. Knoblich
Kulturdirektor der Landeshauptstadt Erfurt

Prof. Dr. Birgit Mandel
Professorin für Kulturmanagement und Kulturvermittlung, Universität Hildesheim

Schatzmeister

Kurt Eichler
Geschäftsführer der Kulturbetriebe Dortmund

Besitzer

Andreas Bialas, MdL
Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion NRW

Ferenc Csák
Amtsleiter des Kulturbetriebes der Stadt Chemnitz

Siegmond Ehrmann, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag

Carmen Emigholz
Staatsrätin für Kultur der Freien Hansestadt Bremen

Prof. Dr. Andrea Hausmann
Professorin für Kulturmanagement, Europa-Universität Viadrina

Bernd Hesse
Geschäftsführer der LAKS Hessen e.V.

Adil Kaya
Vorstandsvorsitzender InterForum – Kunst & Kultur Nürnberg International e.V.

Achim Könneke
Kulturamtsleiter der Stadt Freiburg im Breisgau

Prof. Dr. Julia Lehner
Berufsmäßige Stadträtin, Kulturdezernentin der Stadt Nürnberg

Eva Leipprand
Bundesvorsitzende des Verbandes deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller (VS)

Dr. Hagen W. Lippe-Weißfeld
Kaufmännischer Direktor und Vorstand der Stiftung Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen

Friederike Menz
Dipl. Kulturwissenschaftlerin, Hochschule Ostwestfalen-Lippe

Daniela Rathe
Leiterin Politik und Außenbeziehungen
Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG

Dr. Dieter Rossmeissl
Berufsm. Stadtrat für Bildung, Kultur und Jugend der Stadt Erlangen

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, MdL
Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW

Geschäftsleitung

Dr. Norbert Sievers
Marc Grandmontagne

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft Köln
IBAN: DE18 3702 0500 0008 2289 00
BIC: BFSWDE33

Norbert Sievers, Hauptgeschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft, hob hervor: »Zivilgesellschaftliche Akteure, darunter auch die Kulturverbände, brauchen Freiheit, um gesellschaftlich wirksam sein zu können. Nur wenn es ihnen gelingt, auf der Grundlage eigener Zielvorstellungen und Wertbezüge die Stimmungen, die Interessen und Ideen in der Gesellschaft und aus ihrer Mitgliedschaft aufzunehmen und zu Gehör zu bringen, können sie demokratische und konsensstiftende Mittler sein. Freiheit bedeutet dabei immer zugleich zweierlei: Freiheit vom Staat und Freiheit durch den Staat und ein ausgewogenes Verhältnis von Nähe und Distanz. Es ist notwendig, daran immer wieder zu erinnern.«

Pressekontakt

Marc Grandmontagne

Fon 0228/20167-25

grandmontagne@kupoge.de

Die Kulturpolitische Gesellschaft ist eine bundesweite Vereinigung von mehr als 1.500 persönlichen und korporativen Mitgliedern. Sie setzt sich seit 40 Jahren ein für eine Kulturpolitik, die mehr gesellschaftliche Partner einbezieht, die kulturelle Vielfalt fördert und möglichst vielen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur ermöglicht.

Bonn, 22. Juni 2016